LZ-Rheinland

Artikel vom 19.02.2026 · Ausgedruckt am 10.11.2026, 19:15 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/milliardenvergleich-zu-glyphosat

Milliardenvergleich zu Glyphosat



Foto: imago/Joko

Mit einem Sammelvergleich will die Bayer AG Klagen zum umstrittenen Breitbandherbizid Roundup mit dem Wirkstoff Glyphosat in den USA vom Tisch bekommen. Das hat der Konzern am Dienstagabend (17.2.) bekannt gegeben. Die Anwaltskanzleien der Klägerseite hätten dazu einen Antrag auf vorläufige Genehmigung beim Circuit Court of the City of St. Louis im US-Bundesstaat Missouri eingereicht, teilte Bayer weiter mit. Demnach sieht der Vergleich vor, dass maximal 7,25 Mrd $ (6,12 Mrd. Euro) über einen Zeitraum von bis zu 21 Jahren ausgezahlt werden, wobei die Höhe der Entschädigungen nach oben gedeckelt ist. Die im Dax notierte Bayer-Aktie sprang unmittelbar nach Veröffentlichung der Ad-hoc-Mitteilung um 7% nach oben und notierte gegen 19:30 Uhr bei gut 49 Euro. Die Genehmigung des Sammelvergleichs durch das US-Gericht steht noch aus.

Durch den Vergleich sollen Bayer zufolge sämtliche Klagen abgedeckt sein, bei denen eine Erkrankung am Non-Hodgkin-Lymphom (NHL) auf das Produkt Roundup der Tochterfirma Monsanto zurückgeführt werden. Dem Konzern ist dabei wichtig zu betonen, dass die Glyphosat-Vergleiche „keinerlei Schuldeingeständnis“ darstellen. Vielmehr sollen durch den Schritt Rechtsstreitigkeiten eingedämmt und so finanzielle Planungssicherheit für das Unternehmen geschaffen werden.

Bayer fährt mehrgleisig

Die Nachricht vom Sammelvergleich kommt nur einen Monat, nachdem der US Supreme Court, das oberste Gericht der Vereinigten Staaten, entschieden hat, den Fall „Durnell“ zur Überprüfung anzunehmen. Dies hat Bayer zufolge die jetzigen Vergleichsverhandlungen erst möglich gemacht. Bayer fährt schon länger mehrgleisig, um die Rechtsstreitigkeiten in den USA in den Griff zu bekommen. „Der Sammelvergleich und die Entscheidung des Supreme Court sind notwendig, um diese Rechtsstreitigkeiten möglichst umfassend, möglichst sicher und möglichst schnell einzudämmen“, bekräftigte Bayer-CEO Bill Anderson. Darüber hinaus seien weitere – vertrauliche – Vergleiche vereinbart worden, um andere Glyphosat-Fälle beizulegen, heißt es aus Leverkusen.

Konzernangaben zufolge dürften diese Vergleichsvereinbarungen inklusive der Rechtskosten – vorbehaltlich der finalen Jahresabschlussprüfung – zu einer Erhöhung der Rückstellungen und Verbindlichkeiten für Rechtsstreitigkeiten von 7,8 Mrd. Euro auf 11,8 Mrd. Euro zu Ende September 2025 führen. Aufgrund von Auszahlungen für Rechtsstreitigkeiten in Höhe von rund 5 Mrd. Euro rechnet Bayer im laufenden Geschäftsjahr 2026 mit einem negativen Free Cashflow. Damit die finanziellen Auswirkungen der Vergleichsvereinbarungen noch in den Konzernzahlen berücksichtigt werden können, muss Bayer seine Bilanz-Pressekonferenz um eine Woche auf den 4. März 2026 verschieben.

AgE